

Zusammenfassung

Wichtige Ergebnisse im Überblick

A Rahmenbedingungen von Bildung in Hamburg

Hamburg wächst – vor allem durch Zuwanderung

- Die demografische Entwicklung in Hamburg unterscheidet sich vom Bundestrend: Trotz geringer Geburtenrate ist vor allem durch Zuzüge ein Bevölkerungszuwachs zu erwarten. Der Anstieg der Anzahl der 3- bis unter 6-Jährigen und der 6- bis unter 10-Jährigen bis 2020 ist dabei laut Prognose mit jeweils zehn Prozent besonders hoch.
- Die Verteilung der Hamburger Bevölkerung auf Vorerwerbs-, Erwerbs- und Nacherwerbsphase wird sich – ebenfalls gegen den Bundestrend – bis 2030 nur moderat ändern. Die Erwerbstätigen werden jedoch im Schnitt älter, was möglicherweise Auswirkungen auf Weiterbildungsbedarfe hat.
- In Hamburg liegt der Anteil der Kleinkinder mit Migrationshintergrund im Jahr 2009 bei 45,3 Prozent. Somit hat in Hamburg beinahe jedes zweite Kind unter drei Jahren eine familiäre Zuwanderungsgeschichte, wobei sich regional große Unterschiede ergeben. Da diese Kinder eher aus sozioökonomisch benachteiligten Familien stammen, verstärkt sich perspektivisch ein sozialer Strukturwandel der Schulbevölkerung.

Viele Kinder in schwierigen Lebenslagen

- Im Mittel leben in Hamburg im Jahr 2009 in 17,8 Prozent der Haushalte Kinder. Knapp ein Drittel aller Haushalte mit Kindern sind Haushalte von Alleinerziehenden.
- 40 Prozent der Alleinerziehenden sind nicht erwerbstätig. Insgesamt ist in 18 Prozent aller Hamburger Familien keine Person erwerbstätig.
- Zum Ende des Jahres 2008 ist über ein Viertel der Kinder im Alter von null bis sechs Jahren ganz oder teilweise von staatlicher Unterstützung abhängig (Gesamtbevölkerung: 13%). In den Stadtteilen Dulsberg, Veddel, Billstedt und Jenfeld ist mehr als die Hälfte dieser Kinder auf Unterstützung angewiesen.

Finanzieller Gestaltungsspielraum langfristig eingeschränkt

- Etwa ein Viertel des Gesamthaushaltes wird für Bildung aufgewendet, wesentliche Ausgaben gehen dabei in Schulen (52%) und Hochschulen (26%). Im Ländervergleich tätigt Hamburg hohe Ausgaben je Einwohner für staatliche Schulen und für Jugendarbeit und Kinderbetreuung.
- Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP hat sich in den letzten 15 Jahren in Hamburg kaum geändert und liegt 2009 bei ca. drei Prozent.
- Durch künftig steigende Schülerzahlen sowie höhere Versorgungs- und Zinszahlungen ergeben sich trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung langfristig voraussichtlich kaum Ressourcenspielräume. Die Verteilung der vorhandenen Mittel rückt damit noch stärker in den Fokus.

B Frühkindliche Bildung und Betreuung

Zuwächse in allen Bereichen der frühkindlichen Bildung und Betreuung

- Die Zahl der Kitas im Kita-Gutschein-System hat sich von 737 im Jahr 2002 auf rund 1.000 erhöht. Zeitgleich wurden die öffentlichen Fördermittel von 296 Millionen Euro auf 450 Millionen Euro gesteigert.
- 2007 waren 8.867 Beschäftigte an Kitas tätig, 2009 bereits 10.216. Zeitgleich stieg im Elementarbereich die Anzahl der betreuten Kinder um 5 Prozent, im Krippenbereich um knapp 30 Prozent.

Starker Anstieg der Beteiligungsquoten von Krippenkindern und von Kindern mit Behinderung

- Die Betreuungsquote im Krippenbereich ist von 15,7 Prozent im Jahr 2002 auf 28,7 Prozent im Jahr 2010 angestiegen. Sie liegt damit deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (17,4%). Zeitgleich erhöhte sich die Betreuungsquote im Hortbereich von 20,8 Prozent auf 25,3 Prozent und im Elementarbereich von 81,0 Prozent auf 90,6 Prozent. Der Altersjahrgang fünf bis unter sechs Jahre weist eine Bildungsbeteiligung von 99 Prozent auf.
- Es ist ein deutlicher Anstieg der Betreuungsleistungen für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder zu verzeichnen: Wurden im Jahr 2004 noch 1.081 Kinder mit Behinderungen im Rahmen des Kita-Gutschein-Systems betreut, so waren es 2009 bereits 1.736.

Überwiegend weibliches, teilzeitbeschäftigtes Personal im frühkindlichen Bereich

- Im Vergleich zu den Hamburger Schulen ist das Personal in Kindertageseinrichtungen im Mittel deutlich jünger. Nach wie vor sind kaum Männer in Kitas beschäftigt.
- Mit 32,8 Prozent aller Beschäftigten ist der Anteil an Vollzeitbeschäftigten in Hamburg im Ländervergleich (39,3%) recht niedrig. Allerdings gab es 2009 erstmals seit 1998 wieder einen leichten Anstieg.
- Im Jahr 2010 besitzen neun Prozent des Kitapersonals einen Hochschulabschluss. Damit liegt Hamburg über dem Bundesdurchschnitt von 3,5 Prozent und nach Bremen (11,1%) an zweiter Stelle im Ländervergleich. Den höchsten Anteil des pädagogischen Personals und des Verwaltungspersonals in Kindertageseinrichtungen stellen mit 57 Prozent die Erzieherinnen, den zweithöchsten Anteil mit 14 Prozent bilden Kinderpflegerinnen.

C Allgemeinbildende Schulen in Hamburg

Immer mehr Schüler mit Migrationshinweis¹

- Im Schuljahr 2010/11 befinden sich 180.452 Schülerinnen und Schüler in 414 allgemeinbildenden Schulen (davon 354 staatlich und 60 nicht-staatlich). Dies sind ca. 3.500 weniger als im Schuljahr 2009/10, was vor allem durch das Ausscheiden des Abiturdoppeljahrgangs zu erklären ist. Laut Prognose ist davon auszugehen, dass die Schülerzahl in den nächsten Jahren steigt.
- Der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die eine Privatschule besuchen, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen (auf 10,6% im Schuljahr 2010/11) und liegt etwas höher als der Bundesdurchschnitt (7,6% im Schuljahr 2008/09). Alleine in den Schuljahren 2009/10 und 2010/11 wurden acht neue Privatschulen gegründet. Die Hälfte der Privatschülerinnen und -schüler besucht katholische Schulen.
- Jeder vierte Schüler an allgemeinbildenden Schulen hat einen Migrationshinweis¹. Der Mikrozensus 2009, der den Migrationsstatus der Eltern berücksichtigt, weist demgegenüber für die Altersgruppe der 5- bis unter 15-Jährigen einen Anteil von 48,9 Prozent Personen mit Migrationshintergrund aus. Die Anteile der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis an der Gesamtschülerschaft variieren stark zwischen den Stadtteilen und Schulformen. Auffällig ist ihr relativ hoher Anteil in den staatlichen Sonderschulen, den privaten Gymnasien und in den Schulen der Erwachsenenbildung. Besonders niedrig ist ihr Anteil in den staatlichen Gymnasien.

Durchschnittsalter der Lehrkräfte sinkt, viele arbeiten in Teilzeit

- Das Durchschnittsalter der aktiven Lehrkräfte ist von 48,6 Jahren (1999) auf 46,9 Jahre (2010) gesunken. Mehr als ein Drittel der Lehrerschaft wird in den nächsten 10 Jahren aus Altersgründen ausscheiden.
- Viele Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit: Ihr Anteil liegt bei 48 Prozent, bei den weiblichen Lehrkräften sogar bei 58,3 Prozent. Etwa 70 Prozent aller Neueinstellungen erfolgen in Teilzeitverhältnissen. Außerdem nehmen immer mehr Lehrkräfte die Möglichkeit in Anspruch, während der Elternzeit in Teilzeit beschäftigt zu sein.
- Der Frauenanteil in Funktionsstellen steigt und liegt bei 46,3 Prozent im Jahr 2010. Damit ist er allerdings immer noch deutlich niedriger als der Frauenanteil an den aktiven Lehrkräften insgesamt (65,5%).

Weiterer Ausbau der ganztägigen Bildung

- Zum Schuljahr 2010/11 wurde die Vielgliedrigkeit des Hamburger Schulwesens bei kaum gesunkenen Schülerzahlen stark reduziert: Es gibt insgesamt 79 Stadtteilschulen, 68 Gymnasien, 45 Sonderschulen, 217 Grundschulen und 5 Schulen der Erwachsenenbildung, darunter eine zunehmende Zahl an Privatschulen. Es ist eine gute regionale Versorgung mit den verschiedenen Schulformen gewährleistet.

¹ Ein Migrationshinweis (in Abgrenzung zum Migrationshintergrund) liegt vor, wenn mindestens eines der folgenden drei Merkmale zutrifft: (1) keine deutsche Staatsangehörigkeit, (2) Aussiedler, (3) die überwiegend gesprochene Sprache ist nicht Deutsch. In dieser Definition wird nicht berücksichtigt, ob ein Elternteil zugewandert oder als Ausländer in Deutschland geboren ist. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schülern mit familiärer Zuwanderungsgeschichte deutlich höher ist. Um diese Problematik zu markieren, wird im Hamburger Bildungsbericht der eher unübliche Begriff des „Migrationshinweises“ verwendet.

- Fast die Hälfte aller 350 staatlichen allgemeinbildenden Schulen zählt 2010/11 als Schule mit Ganztagsangebot. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den Schulformen: Während alle Gymnasien als „Ganztagsschulen besonderer Prägung“ organisiert sind, kann nur gut ein Viertel der eigenständigen Grundschulen Ganztagsangebote vorweisen. Zu beachten ist, dass es sehr unterschiedliche Formen von Ganztagsschule gibt. Zwar nutzen 57,3 Prozent aller Hamburger Schülerinnen und Schüler ganztägige Angebote, es werden jedoch nur 14,7 Prozent in „voll gebundenen“ Ganztagsschulen unterrichtet. Insgesamt ist die Datenlage bei der ganztägigen Bildung unbefriedigend.

Ausgaben steigen mit dem Alter der Schüler

- Hamburg ist im Ländervergleich bei den mittleren Ausgaben je Schüler weiterhin in der Spitzengruppe vertreten. Dabei besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der Schulstufe und den Ausgaben: In höheren Klassen werden im Schnitt mehr Lehrkräfte mit vergleichsweise geringerem Unterrichtsdeputat eingesetzt. Je weiter die Schülerinnen und Schüler in ihrer Schullaufbahn voranschreiten, desto mehr Geld wird also für sie ausgegeben.
- Im Vergleich zum letzten Bildungsbericht zeigt sich eine deutliche Entwicklung im Primarbereich: Die mittlere Klassengröße wurde von 24,3 auf 22,6 Schülerinnen und Schüler abgesenkt.

Stadtteilschulen werden gut angenommen

- Die Nachfrage nach Plätzen in Vorschulklassen (ohne VSK an Sonderschulen) ist von 5.788 im Schuljahr 2006/07 auf 7.172 im Schuljahr 2010/11 gestiegen. Dabei ist der Anteil von Kindern mit Migrationshinweis¹ deutlich höher als in der gesamten Schülerschaft, was auf den erhöhten Anteil an Kindern mit Migrationshinweis in der vorschulischen Sprachförderung zurückzuführen ist.
- Auch im Schuljahr 2010/11 wurden mehr Kinder vorzeitig (12%) als verspätet (2%) eingeschult. Hamburg liegt hier deutlich über bzw. unter dem Bundesdurchschnitt mit identischer Stichtagregelung. Mädchen werden häufiger früh und seltener verspätet eingeschult als Jungen.
- Im Schuljahr 2010/11 besuchen 44 Prozent der Fünftklässler eine Stadtteilschule, 52 Prozent ein Gymnasium und 4 Prozent eine Sonderschule. Für das Schuljahr 2011/12 werden noch höhere Anmeldequoten an Stadtteilschulen erwartet. Sechs Prozent der Stadtteilschüler und 75 Prozent der Gymnasiasten haben eine Gymnasialempfehlung erhalten, wobei die Anteile in den einzelnen Gymnasien zwischen knapp 40 und annähernd 100 Prozent variieren.
- Zum Schuljahr 2010/11 sind 10.539 Schülerinnen und Schüler in die Sekundarstufe II übergegangen, davon 5.620 in die Jahrgangsstufe 10 an Gymnasien und 4.355 in die Jahrgangsstufe 11 an Stadtteilschulen. Der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshinweis¹ ist dabei an Stadtteilschulen (28%) deutlich höher als an Gymnasien (15%), wobei jeweils zu beachten ist, dass das Merkmal „Migrationshinweis“ enger gefasst ist als oftmals übliche Definitionen. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit einer familiären Zuwanderungsgeschichte deutlich höher liegt. Überproportional viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis verlassen die Sekundarstufe II nach Erreichen der Fachhochschulreife.

- Im Schuljahr 2009/10 gab es insgesamt 1.382 Schulformwechsel innerhalb der allgemeinen Schule², wovon mehr als zwei Drittel „Abwärtswechsel“ waren. Seit dem Schuljahr 2010/11 sind Wechsel zwischen Jahrgangsstufe 7 und 10 nicht mehr vorgesehen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Wechselquoten nach der Schulstrukturreform entwickeln und welche neuen Übergangsmomente möglicherweise dadurch etabliert werden.

Erste Schritte in Richtung inklusiver Bildung

- Seit dem Schuljahr 2010/11 haben Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf, beginnend mit den Klassenstufen 1 und 5, einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer allgemeinen Schule. Dies hat zu einem Anstieg des Anteils an integrativ geförderten Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf von 16,2 Prozent in 2009 auf 24,0 Prozent in 2010/11 geführt. Entsprechend hat auch die Zahl der Schulstandorte, an denen eine integrative Förderung stattfindet, stark zugenommen.
- 63,6 Prozent der Förderbedürftigen sind Jungen. Mädchen sind im Förderbereich „Lernen“ und Jungen im Bereich „emotionale und soziale Entwicklung“ deutlich überrepräsentiert.
- Der Anteil der Privatschülerinnen und -schüler wächst im Bereich der Sonderschulen und ist im Schuljahr 2010/11 mit 11,3 Prozent (2009/10: 10,2%) erstmals größer als ihr Anteil von 10,6 Prozent in den allgemeinbildenden Schulen insgesamt.
- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis¹ an allen sonderpädagogisch förderbedürftigen Kindern und Jugendlichen liegt deutlich höher als in der Hamburger Schülerschaft insgesamt. Auffällig ist ihr erhöhter Anteil besonders in den Bereichen „Lernen“ und „Sprache“. Sie werden etwas seltener integrativ und deutlich seltener privat beschult.

Ein Viertel der Viereinhalbjährigen hat Sprachförderbedarf

- Trotz eines leichten Rückgangs haben im Schuljahr 2009/10 immer noch 15,8 Prozent der vorgestellten Viereinhalbjährigen einen einfachen und 9,6 Prozent einen ausgeprägten Sprachförderbedarf. Dabei gibt es deutliche regionale Unterschiede: In einigen Stadtteilen weist nahezu jedes zweite Kind einen Sprachförderbedarf auf.
- Im Schuljahr 2009/10 wurden 20.730 Schülerinnen und Schüler zusätzlich zur Unterrichtszeit („additiv“) sprachlich gefördert. Ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf habt diesen in mehreren Sprachlernbereichen.
- Der Anteil an Jungen mit Sprachförderbedarf war in den vergangenen Jahren durchweg höher als der der Mädchen.
- Kinder, die zuhause nicht Deutsch sprechen, zeigen deutlich häufiger einen Sprachförderbedarf als einsprachig Deutsch aufwachsende Kinder. 2009/10 beträgt ihr Anteil an allen Viereinhalbjährigen mit ausgeprägtem Förderbedarf 85 Prozent. In der Schule liegt dieser Anteil bei 57,5 Prozent. Innerhalb der Gruppe der mehrsprachigen Kinder mit additivem Sprachförderbedarf sprechen überproportional viele Türkisch.

² Allgemeine Schulen sind alle allgemeinbildenden Schulen ohne Sonderschulen.

Begabtenförderung erfolgt sozial und geschlechtermäßig selektiv

- Bei ca. fünf Prozent der Viereinhalbjährigen wird eine besondere Begabung vermutet. Dabei zeigt sich eine klare Ausgeglichenheit zwischen Jungen und Mädchen. Dagegen fällt in der Schulzeit eine Dominanz der Jungen auf: Sowohl in den Einzelberatungen als auch in den Förderprojekten der Beratungsstelle für besondere Begabung überwiegt in allen Bereichen der Anteil der Jungen.
- Aus der KESS-Studie geht hervor, dass im Kompetenzbereich Lesen nur 136 der 1.366 Schülerinnen und Schüler, die an einem Angebot für besonders begabte Schülerinnen und Schüler teilgenommen haben, tatsächlich zu den fünf Prozent der Leistungsstärksten gehören. Umgekehrt erhielten ca. 50 Prozent der Leistungsstärksten keine zusätzliche Förderung. Die geförderten Leistungsstärksten haben dabei einen höheren mittleren sozialen Status als die Gruppe der nicht geförderten Leistungsstärksten.

Deutliche Entwicklungsbedarfe bei Qualität von Schule und Unterricht

- Den Ergebnissen der Hamburger Schulinspektion zufolge zeigt sich im Bereich der Unterrichtsqualität ein positiver Trend seit 2007/08: Jede dritte Unterrichtsstunde genügt mittlerweile hohen Qualitätsansprüchen. An reinen Grundschulen gilt dies sogar für rund 40 Prozent der Unterrichtsstunden, an Gymnasien sind es unter 30 Prozent. Deutlich wird dabei, dass die Unterrichtsqualität nach wie vor fast ausschließlich von der einzelnen Lehrkraft und ihrer Klasse abhängt.
- Es besteht nach wie vor ein erheblicher Entwicklungsbedarf hinsichtlich der Etablierung eines systematischen Qualitätsmanagements an Hamburger Schulen. Stärken bestehen dabei in der Formulierung von Entwicklungsprioritäten, Schwächen in der datengestützten Unterrichtsentwicklung. Auch die Nutzung von schulinternen Evaluationsergebnissen für die Schulentwicklung ist noch ausbaufähig, und die Beteiligung von Eltern und Schülerinnen und Schülern an der Weiterentwicklung von Schule und Unterricht stagniert auf niedrigem Niveau.

Enge Kopplung von Schülerleistung und sozialem Hintergrund

- Der positive Trend einer Steigerung der Lesekompetenz in Deutschland in den letzten Jahren bildet sich nun auch in Hamburg ab. Zwar beträgt der Unterschied der Hamburger Schülerinnen und Schüler zu durchschnittlichen deutschen Schülerinnen und Schülern noch immer ein halbes Lernjahr, die Leistung hat sich in Hamburg jedoch insgesamt verbessert. Dabei ist der Unterschied zwischen den leistungsstärksten und den leistungsschwächsten Schülerinnen und Schülern im Bereich Lesen trotz eines leichten Rückgangs noch immer extrem groß.
- In Hamburg zeigt sich im IQB-Ländervergleich 2009 eine weniger starke soziale Benachteiligung als im bundesdeutschen Durchschnitt. Trotzdem hat ein Kind von Eltern aus der oberen Dienstklasse bei gleicher Lesekompetenz eine 2,6-mal so hohe Chance, eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, wie ein Kind, dessen Eltern Facharbeiter oder Arbeiter mit Leitungsfunktion sind. Ergebnisse der KESS-Studie zeigen zusätzlich erhebliche Unterschiede in der Lesekompetenz abhängig von der zu Hause gesprochenen Sprache und der Herkunft der Eltern. Deutlich wird in der KESS-Studie auch, dass das Hamburger Schulsystem die mit dem familiären Hintergrund zusammenhängenden Kompetenzunterschiede nicht hinreichend zu kompensieren vermag.

Trend zu höherwertigen Abschlüssen

- Im Schuljahr 2009/10 hat der erste Jahrgang des achtstufigen Gymnasiums (G8) gemeinsam mit dem letzten Jahrgang des neunstufigen Gymnasiums (G9) das Abitur abgelegt. Der G8-Jahrgang hat dabei in den zentralen Prüfungen geringfügig besser abgeschnitten als der G9-Jahrgang.
- Seit 2004 stieg die Abiturientenquote von 31,5 Prozent auf 48,0 Prozent in 2010, zugleich sank der Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss von 11,3 Prozent auf 7,5 Prozent. Dieser Trend gilt auch für Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit: Deren Abiturientenquote stieg von 15 Prozent (2000) auf 27 Prozent (2010), während der Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss von 21 Prozent auf 14 Prozent sank. Dennoch erzielten Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. mit Migrationshinweis¹ im Vergleich zur Gesamtheit aller Schulentlassenen niedrigere Abschlüsse. Insbesondere männliche Jugendliche mit Migrationshinweis verlassen vergleichsweise häufig die Schule ohne Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss.
- Die Abschlüsse verteilen sich regional sehr unterschiedlich auf das Hamburger Stadtgebiet: Überdurchschnittlich viele Schulabgänger ohne Abschluss leben in Sankt Pauli (20%), Billstedt und Wilhelmsburg (17%), überdurchschnittlich viele Jugendliche mit Abitur leben in Rissen, Eppendorf, Sasel, Bergstedt und Volksdorf (ca. 70%).
- Frauen erzielen insgesamt höhere Abschlüsse. In den zentralen Abiturprüfungen dominiert ihr Anteil in den schriftlichen Prüfungen in Fremdsprachen sowie in den Leistungskursen Deutsch und Biologie, während überdurchschnittlich viele Männer in den Fächern Technik, Leistungskurs Mathematik, Gemeinschaftskunde und Betriebswirtschaftslehre anzutreffen sind.

D Berufsbildende Schulen in Hamburg

Hoher Anteil an Schülerinnen und Schülern in dualer Ausbildung

- Insgesamt existieren im Jahr 2011 in Hamburg 45 staatliche berufsbildende Schulen sowie 17 Ersatzschulen und 48 Ergänzungsschulen in freier Trägerschaft. Im Schuljahr 2010/11 besuchen von den insgesamt 60.261 Schülerinnen und Schülern 38.274 eine staatliche Berufsschule (64%), 8.293 (14%) befinden sich im Übergangssystem. Die restlichen Schülerinnen und Schüler verteilen sich auf vollqualifizierende Berufsfachschulen (3.590), Fachschulen (3.626), berufliche Gymnasien (2.928), Fachoberschule (1.406) und nicht-staatliche Einrichtungen (2.144).
- Seit 2008/09 lässt sich ein leichtes Absinken der Gesamtschülerzahlen in den berufsbildenden Schulen feststellen. Dies betrifft vor allem das duale System, das in besonderer Weise konjunkturellen Schwankungen unterliegt. Deutliche Zunahmen zeigen sich demgegenüber in den Fachschulen, in den neuen zweijährigen dualen Bildungsgängen und in den Schulen im Berufsfeld Gesundheit und Körperpflege.
- Im Schuljahr 2010/11 unterrichten 2.784 Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen in Hamburg. 43 Prozent der Lehrkräfte sind 55 Jahre und älter, nur 16 Prozent der Lehrkräfte sind jünger als 40 Jahre.

Zahl der Migranten im berufsbildenden System steigt – insbesondere im Übergangssystem

- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in den staatlichen berufsbildenden Schulen stieg von 11 Prozent im Schuljahr 2007/08 auf 12 Prozent im Schuljahr 2010/11 an. Dies ist vor allem auf eine Erhöhung im Übergangssystem zurückzuführen. Der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit liegt an der Berufsvorbereitungsschule bei 35,4 Prozent, in der Berufsschule bei 8,4 Prozent und in den Fachschulen bei 7,1 Prozent.
- Insgesamt gibt es eine leichte Überzahl an Männern in den berufsbildenden Schulen, die jedoch ausschließlich auf die gewerblich-technischen Berufsfelder zurückzuführen ist. In allen anderen Schultypen überwiegt der Frauenanteil. 44 Berufe/Bildungsgänge im dualen System sind rein männlich, neun rein weiblich besetzt.
- Anfänger in der Berufsschule sind im Durchschnitt 20,7 Jahre alt. Mit Blick darauf, dass der überwiegende Anteil der Schülerinnen und Schüler im dualen System einen mittleren Schulabschluss aufweist, erscheint dieses Alter sehr hoch.

Verdrängung von Schülern mit erstem oder mittlerem Schulabschluss aus dem System

- Seit 2007 steigt der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife in den berufsbildenden Schulen leicht an, nämlich von 21,1 Prozent in 2007/08 auf 22,0 Prozent in 2010/11. Demgegenüber sinken die Anteile der Schülerinnen und Schüler ohne oder mit erstem allgemeinbildenden Schulabschluss von 30,1 Prozent auf 28,2 leicht ab. Der Doppeljahrgang Abitur hat sich dabei (noch) nicht als verstärkter Zustrom in eine duale Ausbildung ausgewirkt: Von den 12.176 Hamburger Abiturienten sind nur 897 (7,4%) direkt von der Schule in eine Ausbildung gegangen.
- Ein überwiegender Anteil (2010/11 ca. 54%) der Abiturienten in den Hamburger berufsbildenden Schulen hat seine allgemeine Hochschulreife nicht in Hamburg erworben. Mit abnehmender Bildungsqualifikation steigt hingegen der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die aus einer Hamburger allgemeinbildenden Schule in eine berufsbildende Schule wechseln. In den Hamburger Berufsschulen haben insgesamt 35 Prozent der Auszubildenden ihren Schulabschluss nicht in Hamburg erworben.
- Daraus ergeben sich Anzeichen für einen doppelten Verdrängungseffekt von Schülerinnen und Schüler mit einem ersten oder mittleren Schulabschluss: einerseits durch den Trend zu höherwertigen Abschlüssen im Schulberufssystem, andererseits durch die Zuwanderung aus anderen Bundesländern.

Steuerungswissen zum Verbleib der Abgänger fehlt

- Im Schuljahr 2009/10 verließen 7.080 Jugendliche die berufsbildende Schule ohne Erreichen des Abschlusses. Da es vielfältige Gründe für einen Abgang ohne Abschlusszeugnis gibt – u. a. auch „positive“ Gründe wie z. B. den Übergang in eine andere Ausbildung –, wäre für eine gezielte Steuerung ein fundiertes Wissen über die Gründe und den Verbleib der Jugendlichen notwendig.
- Ungefähr ein knappes Viertel der Berufsschüler mit erstem allgemeinbildendem Schulabschluss erwirbt im Rahmen der Berufsausbildung zusätzlich einen mittleren Schul-

abschluss. Im Schuljahr 2009/10 haben im gesamten berufsbildenden System 5.221 der 19.103 Absolventen einen höherwertigen allgemeinbildenden Abschluss erreicht.

Übergangssystem befindet sich im Umbruch

- 2010/11 besuchen 3.677 Schülerinnen und Schüler Berufsvorbereitungsschulen (BVS) und 4.616 teilqualifizierende Berufsfachschulen (BFS-tq). Beide Schulformen führen zu keinem Berufsabschluss. Insgesamt befinden sich damit 8.293 Jugendliche und junge Erwachsene im beruflichen Übergangssystem. Die Schülerzahlen sind in Teilbereichen des Übergangssystems rückläufig.
- Knapp die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler in der Berufsvorbereitungsschule haben einen Migrationshinweis¹. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass das Merkmal „Migrationshinweis“ aus Gründen der Datenverfügbarkeit enger gefasst ist als oftmals übliche Definitionen. Deshalb ist davon auszugehen, dass der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit einer familiären Zuwanderungsgeschichte noch deutlich höher liegt.
- Aus der hohen Dynamik der Strukturentwicklung im Übergangssystem resultieren Schwierigkeiten in der Darstellung konsistenter Zeitreihen für diesen Bereich. Besonders wichtig wäre es, bessere Kenntnisse über die Bildungsverläufe der Schülerinnen und Schüler zu erlangen.

E Hochschulbildung in Hamburg

Umstellung auf das Bachelor/Master-System fast vollzogen

- Die Angebotsstruktur der öffentlichen staatlichen Hochschulen ist bei insgesamt wachsendem System konstant. In den letzten Jahren erfolgten viele Neugründungen privater Hochschulen; die Zahl der dort Studierenden hat sich zwischen 2000 und 2009 von knapp 2.000 auf nahezu 14.000 erhöht.
- Die Umstellung auf das Bachelor/Master-System ist in Hamburg besonders konsequent verfolgt worden. Hamburg hat mit 96 Prozent nach Niedersachsen und Berlin den dritthöchsten Anteil umgestellter Studiengänge in Deutschland.

Weiter wachsende Zahl an Studienanfängern

- Seit 2000 hat sich die Zahl der Studienanfänger verandert halbfacht. Durch den wachsenden Anteil an Studienberechtigten, verstärkt durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur (doppelte Abiturjahrgänge) und die Auswirkungen der nunmehr beschlossenen Aussetzung der Wehrpflicht ist mit einer weiteren Zunahme zu rechnen. Frauen stellen nahezu die Hälfte der Studierenden.
- Der Anteil der Studierenden ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung erlangt haben (Bildungsinländer), liegt mit knapp vier Prozent über dem Bundesdurchschnitt (ca. 3%). Die Quote der Hamburger Abiturienten ohne deutsche Staatsangehörigkeit lag im Schuljahr 2009/10 bei neun Prozent. Mit einem Anteil von unter acht Prozent zieht Hamburg vergleichsweise wenige Studierende aus dem Ausland an (Bildungsausländer).

Studierende werden mobiler

- Ungefähr 80 Prozent der studienberechtigten Hamburger Schulentlassenen in 2005 haben ein Studium aufgenommen. Diese Quote ist höher als für Gesamtdeutschland. Personen mit Fachhochschulreife nehmen sehr viel seltener ein Studium auf als solche mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife.
- Nur 38 Prozent der Hamburger Studierenden in 2009 haben ihre Hochschulzugangsberechtigung in Hamburg erworben. Im Jahr 2000 waren dies noch 56 Prozent.

Keine validen Zahlen zur Studienerfolgsquote nach BA/MA-Umstellung

- Die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen stieg von 7.562 (2000) auf 10.199 (2009). Dabei ist der Anteil an Bachelor- und Master-Abschlüssen bislang noch wesentlich geringer als im deutschlandweiten Vergleich.
- An Hamburger Hochschulen werden weniger Studierende zu einem erfolgreichen Studienabschluss gebracht als in Gesamtdeutschland. Dies ist ein bekanntes Phänomen in Großstädten, zusätzlich schlägt sich die derzeit noch eher geringe Zahl an BA/MA-Abschlüssen in Hamburg nieder. Insgesamt sind neue Anstrengungen erforderlich, um eine valide Datengrundlage für die Kennzahl der „Studienerfolgsquote“ zu schaffen.
- Die Geschlechterverteilung bei den Absolventen ist ausgeglichen: Fast die Hälfte der Hamburger Absolventen ist weiblich. Es gibt jedoch starke Ungleichgewichte in einigen Bereichen wie den Ingenieurwissenschaften, der Mathematik und den Naturwissenschaften mit mehr männlichen Absolventen bzw. den Sprach- und Kulturwissenschaften, der Kunst/Kunstwissenschaft und der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit mehr weiblichen Absolventen.

Geringer Anteil an wissenschaftlichen Mitarbeitern an der Universität Hamburg

- In Hamburg sind im Jahr 2009 über 10.000 Menschen als wissenschaftliches oder künstlerisches Personal an den Hochschulen beschäftigt, davon sind mehr als 1.400 Professorinnen und Professoren.
- Auffällig ist der hohe Anteil wissenschaftlicher Hilfskräfte und Tutorinnen und Tutoren, mit dem sich Hamburg vom Durchschnitt aller Bundesländer deutlich abhebt. Im Vergleich zu ähnlich strukturierten Universitäten ist die Universität Hamburg demgegenüber mit einem deutlich geringeren Anteil an wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgestattet.
- Der Frauenanteil am Hochschulpersonal ist mit 36,8 Prozent etwas höher als der Bundesdurchschnitt (35,2 %). In der Gruppe der Professorinnen und Professoren liegt er bei 22,7 Prozent.

F Weiterbildung in Hamburg

Junge Erwerbstätige und Höherqualifizierte bilden sich beruflich eher weiter

- Die Hamburger Volkshochschule konnte die Belegungen von 71.204 (2006) auf 93.205 (2010) steigern. Dabei sind die größten Zuwächse im Bereich Multimedia (273%), Grundbildung (46%) und Gesundheit (35%) zu verzeichnen. Stark angestiegen sind auch die Belegungen der Deutsch-als-Fremdsprache-Kurse, nämlich von 5.954 (2006) auf 10.558 (2010).
- Arbeitnehmer mit qualifizierten Tätigkeiten weisen deutlich höhere berufliche Weiterbildungsquoten auf als Arbeitnehmer mit einfachen Tätigkeiten; jüngere Arbeitnehmer bilden sich eher weiter als ältere.
- Insgesamt fehlt derzeit in den meisten Bereichen der Weiterbildung die statistische Basis, um fundiert über Angebote, Beteiligung und Erträge von Weiterbildung zu berichten.

Zentrale Herausforderungen für Bildung in Hamburg

Der Bildungsbericht verdeutlicht eine Reihe von Problemlagen, vor die sich politisch und administrativ Verantwortliche im Bildungsbereich gestellt sehen. Unter Rückgriff auf Befunde des Bildungsberichts und weitere Erträge der Bildungsforschung werden im Folgenden mit Schwerpunkt auf dem Schulbereich einige übergreifende Handlungsfelder skizziert, in denen sich künftig besondere Anforderungen ergeben. Dabei sind unterschiedliche, miteinander zusammenhängende Ebenen tangiert: zum einen die Bewältigung konkreter Steuerungserfordernisse, die sich aus aktuellen bildungspolitischen Schwerpunktsetzungen ergeben, zum anderen der Umgang mit den Folgen eines eher langfristigen sozialen und institutionellen Wandels im Bildungsbereich. Das Ausmaß der erfolgreichen Bewältigung der nachstehend skizzierten Herausforderungen wird mit darüber bestimmen, inwieweit Vertrauen in die Problemlösefähigkeit von Steuerungsinstanzen hergestellt werden kann.

Veränderung der Sozialstruktur der Bildungsteilnehmer

Anders als in anderen Bundesländern wächst in Hamburg noch voraussichtlich bis 2020 die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die Bildungseinrichtungen besuchen. Dabei ändert sich die soziostrukturelle Zusammensetzung der Bildungsteilnehmer durch ein Aufwachsen des Anteils derjenigen, die aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte stammen. Auch wenn diese Kinder und Jugendlichen zunehmend bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben, sind sie mindestens in zweierlei Hinsicht bildungsbenachteiligt: Sie stammen eher aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien als ihre Altersgenossen ohne Zuwanderungsgeschichte und sie haben – je nach Herkunftsland unterschiedlich stark ausgeprägt – auch ungünstigere Sprachvoraussetzungen zur Bewältigung von Lernanforderungen. Diese systematische Benachteiligung wird in allen Indikatoren aufgezeigt, z. B. bei der Bildungsbeteiligung, bei Schulleistungen, bei Abschlüssen und Schulabbrüchen, bei der Sprachförderung, beim sonderpädagogischer Förderbedarf usw.

Die demografische und soziostrukturelle Entwicklung trifft in Hamburg auf eine Situation, die – wie aus Bildungsstudien bekannt ist – im Bundesländervergleich ohnehin durch extreme soziale Disparitäten gekennzeichnet ist. Das Hamburger Bildungssystem steht also vor der Aufgabe zu gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche mit herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung überhaupt fachliche Mindeststandards als Grundvoraussetzung für die Gestaltung einer gelingenden Bildungsbiografie und damit für die Verwirklichung gesellschaftlicher Teilhabechancen erwerben können. Inwieweit dies gelingt, wird nicht unwesentlich vom Umgang mit den nächsten beiden genannten Herausforderungen abhängen.

Umgang mit Bildungszeit

Viele Zeitreihen des Bildungsberichts bestätigen bildungshistorische Befunde. Im Zeitverlauf lässt sich ein deutlich veränderter Umgang mit Bildungszeit feststellen: Die durch Bildungsinstitutionen gestaltete Lebenszeit wird „nach vorn“ geöffnet (früherer Ersteintritt in Bildungsinstitutionen) und „nach hinten“ verlängert (lebenslanges Lernen). Mehr Kinder besuchen Kitas oder sind in Tagesbetreuungen. Die Zahl verspäteter Einschulungen geht zurück, ebenso die Anzahl der Klassenwiederholungen. In Ganztagschulen werden – potenziell jedenfalls – die Zeitgefäße für das Lernen ausgeweitet. Der Weg zum Abitur in Gymnasien ist um ein Jahr verkürzt worden. Ineffiziente Warte- und Wiederholungsschleifen im Übergangssystem zwischen Schule und Berufsausbildung sollen reduziert werden. Mit dem BA/MA-System der Hochschulen ist auch eine Reduktion der Durchlaufzeiten bis zum Hochschulabschluss intendiert. All diese Maßnahmen sprechen deutlich für einen Bewusstseinswandel im Hinblick auf den Stellenwert von Zeit in der Bereitstellung institutioneller Bildung. Dabei lassen sich drei Strukturelemente des Zeitregimes feststellen. Zum einen kann man von einer Verknappung bzw. Verdichtung und Beschleunigung (Akzeleration) sprechen (z. B. 8-jähriges Gymnasium, Vermeidung von Klassenwiederholungen). Gegenläufig dazu gibt es zum anderen Elemente systematischer Ausweitung von Bildungszeit beispielsweise durch Vorverlegung und Angebotserweiterung beim Eintritt in Kita oder Schule, verpflichtende additive Sprachförderung oder die Einführung von Ganztagschulen. Schließlich ist eine ganze Reihe von Flexibilisierungen mit Auswirkungen auf die Zeitorganisation festzustellen, beispielsweise bei der Einführung jahrgangsübergreifenden Unterrichts, bei der Einrichtung flexiblerer Eingangsphasen oder bei der Zusammenführung von Bildungsgängen in einer reduzierten Anzahl von Schulformen.

Allen diesen Maßnahmen ist gemein, dass bisher unbekannt ist, wie sie sich künftig in ihrer Gesamtheit auf die Bildungsentwicklung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auswirken werden. Ebenso ist bisher völlig unzureichend klar, welche Wirkungsannahmen jeweils hinter den einzelnen Maßnahmen stehen, in welchem Verhältnis die Maßnahmen zueinander stehen, ob die intendierten Ziele eingelöst werden und für welche Teilgruppen von Bildungsteilnehmern sie eingelöst werden. Nach welchen Kriterien Prioritätensetzungen innerhalb eines gegebenen Zeitbudgets erfolgen (z. B. konsequente Konzentration der Stundentafel für Leistungsschwächere auf den Erwerb von Grundkompetenzen zu Lasten sonstiger Angebote) wird zudem kaum systematisch und mit Blick auf mittel- und langfristige Nachhaltigkeit des Kompetenzerwerbs diskutiert. Angesichts der Zuständigkeitsvielfalt für die Organisation von Bildungszeit existiert bisher auch kaum eine strategische Gesamtschau auf den Umgang mit Zeit im individuellen Durchgang durch die

Phasen institutionalisierter Bildung. Dies ist umso erstaunlicher, als das Zeitregime in allen Bildungsbereichen der zentrale Hebel der Ressourcenallokation ist.

Verteilung der Ressourcen auf das Gesamtsystem Bildung

Hinsichtlich zentraler Parameter der Ressourcensteuerung ist in Hamburg – wie in anderen Bundesländern auch – eine gravierende finanzielle Ungleichverteilung festzustellen. Je jünger Bildungsteilnehmer sind, umso weniger wendet Hamburg für sie, gemessen in Pro-Kopf-Ausgaben, auf. Dies gilt zwischen den Bildungsbereichen (z. B. Kita-Kinder „kosten“ weniger als Schülerinnen und Schüler) ebenso wie innerhalb der Bildungsbereiche (z. B. Grundschülerinnen und Grundschüler „kosten“ weniger als Gymnasiasten). Jüngere Kinder brauchen in dieser Allokationslogik weniger wissenschaftlich ausgebildete Begleiter mit geringerer Bezahlung als ältere. Die grundsätzliche „Unwucht“ der Ressourcenverteilung sorgt auch dafür, dass aus anderen als Sacherwägungen in bestimmten Bildungsbereichen (z. B. in Kitas und zum Teil in Hochschulen) finanzielle Beteiligungen der Bildungsteilnehmer als notwendig und selbstverständlich betrachtet werden, obwohl die Eigenbeiträge als Zusatzfinanzierung in allen Bereichen nur einen geringen Teil der Gesamtfinanzierung ausmachen.

Dass diese Verteilungsstruktur in Hamburg und anderswo so gegeben ist, hat eine Vielzahl von Gründen, die sich historisch erklären lassen. Sie hat sich über Jahrzehnte als überaus stabil erwiesen. Als Ergebnis interessegeleiteter Prestige- und Verteilungskämpfe kann die Situation als das Produkt vielfältiger Akteurskonstellationen betrachtet werden. Eine sachliche Begründung für die Disparitäten ist nur zum Teil gegeben. Jeder Versuch, daran z. B. unter argumentativem Rekurs auf die wachsende Bedeutung der frühkindlichen Bildung etwas zu ändern, stößt sofort an Grenzen, die grundsätzlich als Finanzierungs-, nicht aber als Allokationsprobleme beschrieben werden. Mit Blick auf die gravierenden Verteilungsprobleme im Gesamtverlauf des Durchgangs durch Bildungsinstitutionen werden allerdings auch – darauf wird man sich im Zuge transparenter Bildungsberichterstattung zunehmend einstellen müssen – die Legitimationsprobleme gravierender.

Verbesserung der Qualität von Bildungseinrichtungen

Der Bildungsbericht zeigt: Etwa ein Viertel des Gesamthaushaltes der FHH wird für Bildung aufgewendet. Im Ländervergleich tätigt Hamburg hohe Ausgaben je Einwohner für Schulen und für Jugendarbeit und Kinderbetreuung. Dass in diesem Kontext in allen Bildungsbereichen enorme Anstrengungen zur Optimierung der Zielerreichung beim Mitteleinsatz (Effektivität) und zur Optimierung der Kosten-Nutzen-Bilanz (Effizienz) unternommen werden, ist selbstverständlich. Dies geschieht auf der Systemebene (z. B. durch die Implementierung von Qualitätsprogrammen und Verfahren des Bildungsmonitorings) ebenso wie auf der Ebene der einzelnen Bildungseinrichtungen (z. B. durch systematische Personalentwicklung und Fortbildung oder Verfahren des Qualitätsmanagements). Gleichwohl sind seit längerem multiple Problemlagen festzustellen: Eine valide, verlässliche und an transparenten Kriterien orientierte Informationslage über die Einlösung qualitativer Standards in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe oder auch in der Hochschullehre ist nur unzureichend gegeben. Die Qualität von Schule und Unterricht – das zeigen die systematischen Schulinspektionen – ist sehr heterogen. Dies gilt auch innerhalb der Einrichtungen, wo in hohem Maße von Einzelsettings abhängt, ob Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene qualitätsvolle und optimal entwicklungsförderliche Lerngelegenheiten erhalten. Nicht aus-

zuschließen ist, dass das, was für Schulen gilt, auch in anderen Bildungsbereichen festzustellen ist. Im Ländervergleich erreichen Hamburger Schülerinnen und Schüler vergleichsweise ungünstige Leistungsergebnisse; dies gilt für die Teilgruppe der Leistungsstarken, die relativ klein ist, ebenso wie für die der Leistungsschwachen, die relativ groß ist. Eine Verschiebung dieses Problems kann auch auf Ebene der tertiären Bildung in den entsprechenden, immer wieder öffentlich problematisierten Diskussionen um die Ausbildungs-, Berufs- oder Studierfähigkeit von Schulabsolventen erkannt werden.

Für die Zukunft bedeutet dies, dass auf Systemebene und auf der Ebene der Bildungseinrichtungen die Anstrengungen zur Qualitätsentwicklung koordiniert, systematisch institutionalisiert, auf die Optimierung des Lernens fokussiert und verbindlich gemacht werden. Dazu gehört als eine Voraussetzung, die bisher existierenden Wissenslücken z. B. zur Prozessqualität in Bildungseinrichtungen oder zur Wirkungsqualität von Fördermaßnahmen systematisch zu schließen. Angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen muss darüber hinaus auch klar bestimmt werden, was Institutionen und Personal, ohne ihre Gestaltungskraft zu überspannen, leisten können. Über den Kern der jeweiligen pädagogischen Arbeit z. B. als Erzieherin bzw. Erzieher oder als Lehrkraft ist also ein breit geteilter Konsens herzustellen, damit der Auftrag von Kitas oder Schulen nicht mehr wie bisher offen ist für ein Übermaß an Aufgabenzuschreibungen, die die Einrichtungen und das Personal überfordern.

Umsetzung von Inklusion

Seit dem Schuljahr 2010/11 haben gemäß § 12 des Hamburgischen Schulgesetzes Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf, beginnend mit den Klassenstufen 1 und 5, einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer allgemeinen Schule. Die zunehmende Inanspruchnahme des Rechts zeichnet sich bereits in den Zahlen des Bildungsberichtes ab. Mit der Gewährleistung der Verwirklichung dieses Anspruchs ist eine Vielzahl von Anforderungen konzeptioneller, qualifikatorischer und organisatorischer Art verknüpft. Diese müssen von der zuständigen Behörde bewältigt werden, vor allem aber seitens der Schulen und des Personals, das die Kinder und Jugendlichen unterrichtet, begleitet und unterstützt. Die Einführung einer inklusiven Schule stellt damit ein extrem komplexes und anspruchsvolles Vorhaben dar. Die Herausforderung ergibt sich nicht nur aus den erwähnten Anforderungen auf allen Systemebenen. Vielmehr sind mit dem Inklusionsprogramm auch ein gesellschaftliches Umdenken und ein Diskurswandel verbunden, um eine mehr als hundertjährige Tradition ausschließenden und separierenden Handelns und Denkens gegenüber Menschen mit Behinderungen zu durchbrechen, eine mentale Tradition, die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene tendenziell auch gegenüber Alten, Kranken oder Migranten deutlich wird. Nicht zufällig verweist die UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 8 auf die Bedeutung der Bewusstseinsbildung für eine Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens.

Die gesellschaftlichen Institutionen haben sich als sehr erfindungsreich erwiesen, besondere Gelegenheitsstrukturen des Lernens und Lebens für Menschen mit Behinderungen zu schaffen und diese im Institutionengefüge ebenso wie in den Mentalitäten so zu verankern, dass sie unhinterfragten Normalitätserwartungen entsprechen. Dass die Situation eine historisch zu erklärende ist, zeigt der internationale Vergleich, der der aktuellen hiesigen Situation die Selbstverständlichkeit nimmt. Während sich im Bereich der Institutionen, die sich mit den Belangen erwachsener Menschen mit Behinderungen befassen,

bereits vor einigen Jahren ein Paradigmenwechsel vollzogen hat, gibt es in Bezug auf die Institution Schule noch einen deutlichen Nachholbedarf. Neben der gewaltigen Anstrengung, die die schrittweise Umsetzung des mit dem § 12 des Hamburgischen Schulgesetzes verbundenen Auftrags für viele bedeutet, besteht die eigentliche Herausforderung vermutlich in der Veränderung gesellschaftlicher Einstellungen und Haltungen, eine Veränderung, die zugleich Ziel und Voraussetzung einer gelingenden Umsteuerung ist. Darüber hinaus wird ein ausgleichender Umgang mit konfligierenden Zeitvorstellungen wichtig sein, indem in einem rationalen Diskurs die Erwartung an die Einlösung des individuellen Rechtsanspruchs mit den faktischen institutionellen Problemlösemöglichkeiten vermittelt wird. Es wird eines verständnisvollen, aber auch klaren Steuerungshandelns bedürfen um zu vermitteln, dass nicht alles so schnell erreichbar sein wird, wie viele Erziehungsberechtigte von Kindern mit Behinderung sich das für die Realisierung ihres Anspruchs wünschen.

Sicherstellung einer fundierten Wissensbasis

Eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung verbessert für Öffentlichkeit, Bildungspolitik und Bildungsverwaltung die Zugänglichkeit von steuerungsrelevanten Informationen. Dabei ist sie ihrerseits auf die Verfügbarkeit valider und verlässlicher Daten angewiesen. Insofern zeigt der zweite Hamburger Bildungsbericht auch auf, was wir nicht wissen. Einige Problemfelder seien in diesem Kontext exemplarisch genannt: Noch immer ist es nicht möglich, Karrieren von Bildungsteilnehmern durch das System zu betrachten, da es bis auf Einzelfälle kaum verwertbare längsschnittliche Individualdaten gibt. Insbesondere bei Wechseln und Übergängen im Bildungssystem zeigen sich hier deutliche Grenzen der Berichterstattung, was besonders deshalb misslich ist, weil an solchen Schwellen des Systems vielfältige Disparitäten und Benachteiligungen erzeugt werden. Informationen zum Migrationshintergrund sind in den verschiedenen Bildungsbereichen in sehr unterschiedlicher Definition und Qualität gegeben, weshalb selbst in einem Stadtstaat, der stark durch Zuwanderung geprägt ist, eine zuverlässige und differenzierte Einschätzung der Lage nicht hinreichend möglich ist. Auch in zentralen bildungspolitischen Gestaltungsfeldern ist die Datenlage weiterhin höchst unbefriedigend: z. B. definitorische Probleme und nicht hinreichend abgestimmte Datenlage im Bereich ganztägiger Bildung, reduzierte Datenverlässlichkeit und Fehlklassifikation von Schülerinnen und Schülern im Bereich sonderpädagogischer Förderung, unbefriedigende Datenlage in vielen Bereichen der Weiterbildung, keine validen Zahlen zur Studienerfolgsquote nach der BA/MA-Umstellung usw. Darüber hinaus fehlen in einigen Bereichen systematische Wirksamkeitsstudien. Insbesondere im Bereich der hoch ressourcenrelevanten Sprachförderung ist bisher nicht bekannt, welche tatsächlichen Effekte die Sprachförderung auf lange Sicht hat.

Dringendes Desiderat ist deshalb eine Datengewinnungsstrategie, und zwar nicht nur zur Optimierung der Grundlagen einer Bildungsberichterstattung, sondern auch und vor allem zur Verbesserung und zum Teil zur Rückgewinnung der Steuerfähigkeit in wichtigen Feldern bildungspolitischer Gestaltung. Dazu bedarf es nicht nur eines institutionen- und bildungsbereichsübergreifenden Vorgehens, sondern auch eines Interessenausgleichs zwischen Belangen des Datenschutzes einerseits und der staatlichen Verpflichtung zur Bereitstellung optimaler Voraussetzungen zur Einlösung von Bildungsansprüchen andererseits.